

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Europäisches Jahr der Chancengleichheit – Recht auf Bildung realisieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In keinem anderen vergleichbaren Land ist der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen sind unter anderem die Mängel in der frühkindlichen Erziehung und das gegliederte Schulsystem. Mit der zunehmenden Einschränkung der Lernmittelfreiheit sowie der geplanten Einführung von allgemeinen Studiengebühren in mehreren Bundesländern droht eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Vor allem chronisch kranke und behinderte Jugendliche werden im Bildungssystem diskriminiert. Es fehlt an Maßnahmen und Förderprogrammen, um sie in das allgemeine Bildungssystem zu integrieren.
2. Die auf europäischer Ebene im Rahmen der Methode der offenen Koordination und auf Grundlage der Lissabon-Strategie getroffenen Vereinbarungen zur Bildungspolitik leisten bisher keinen Beitrag zur Realisierung von Chancengleichheit, sondern wirken häufig in die gegenteilige Richtung. Soziale Aspekte stehen im Hintergrund. Bildung wird primär unter ökonomischen Verwertbarkeitsaspekten und weniger als ein zu garantierendes Grundrecht betrachtet. Bildungsprivatisierungen werden von der EU-Kommission ausdrücklich begrüßt. Die Umsetzung der europäischen Beschlüsse auf nationaler Ebene setzt dieses Muster in vielen Fällen fort.
3. Auf Initiative der Europäischen Kommission soll das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ erklärt werden. Da Bildungspolitik eine entscheidende Rolle zur Realisierung von Chancengleichheit spielen kann, sollte das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“ in der Bundesrepublik Deutschland unter anderem zum Anlass genommen werden, um die bisherige Bildungspolitik in Europa, im Bund, in den Ländern und den Kommunen kritisch zu evaluieren und bildungspolitische Maßnahmen auf den Weg zu bringen die dazu beitragen, das Recht auf Bildung zu realisieren. Dabei sollen die Interessenvertretungen der Schülerinnen/Schüler, Auszubildenden, Studierenden und der Beschäftigten in die bildungspolitische Diskussion einbezogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kommunen vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Chancengleichheit einen „Rat für Chancengleichheit im Bildungswesen“ einzurichten. Ziel des Rates soll sein, Diskriminierungsverhält-

nisse im Bildungssystem aufzudecken und politische Maßnahmen zur Beseitigung zu erarbeiten. Ein Schwerpunkt dabei soll auf der Integration von chronisch kranken und behinderten Kindern und Jugendlichen liegen. Die Besetzung, der genaue Auftrag und die Kompetenzen des geforderten Rates sollen auf Grundlage einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung, Technikfolgeabschätzung erarbeitet und anschließend dem Bundestag und Bundesrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Berlin, den 10. Mai 2006

Cornelia Hirsch

Dr. Petra Sitte

Volker Schneider (Saarbrücken)

Dr. Ilja Seifert

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion